

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 390 1. August 2007

13. Jahrgang

“Wir sind weder Zahnpasta noch Seife“

Dies die Antwort des Präsidentschaftskandidaten der linken Partei URNG-MAIZ, Miguel Angel Sandoval, auf die Frage eines Journalisten, wie seine Partei ihre Wahlkampagne finanziere. Seine Organisation sei auf Spenden von SympathisantInnen und auf viel Gratisarbeit angewiesen, deshalb könne sie auch weder Fernsehspots schalten noch Transparente aufhängen, wie dies die anderen Parteien (und die Zahnpasta- und Seifenhersteller) tun.

Miguel Angel Sandoval begann seine politische Karriere als StudentInnenführer und trat in den 60er Jahren der revolutionären aufständischen Bewegung bei. Er war Mitgründer des *Guerillaheers der Armen* (EGP), einer der vier Organisationen, die sich später zur *Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas* (URNG) zusammenschlossen, für die er auch an den Friedensverhandlungen mit der Regierung teilnahm. Einen Teil des Krieges verbrachte er in Paris, wo er Psychologie studierte. Zurück in Guatemala arbeitete er unter anderem als Berater des UNO-Entwicklungsprogramms und anderen nationalen wie internationalen Organisationen sowie als Kolumnist in der Tageszeitung *elPeriódico*.

Wir veröffentlichen im folgenden Ausschnitte aus zwei Interviews mit Sandoval, die am 5. bzw. 15. Juli im Radioprogramm *El Estaratazo* bzw. in *elPeriódico* veröffentlicht wurden. Wir haben dafür eine nicht ganz über alle Zweifel erhabene Methode gewählt und die beiden Interviews vermischt, da sie ähnliche Fragen aber unterschiedlich präzise Antworten enthalten. Was in normaler Schrift steht, stammt aus dem Radiointerview, was *kursiv* gedruckt ist, aus dem Interview mit *elPeriódico*.

Frage: *Wie sieht das Regierungsprogramm von URNG-MAIZ aus?*

Miguel Angel Sandoval: *URNG-MAIZ setzt acht Prioritäten: Eine würdevolle Arbeit und einen gerechten Lohn; eine Landreform; der Ausbau des Bildungswesens und eine kostenlose Gesundheitsversorgung; der Kampf gegen Korruption; der Schutz der Naturressourcen; die Einhaltung der Rechte der indigenen Bevölkerung; Geschlechtergerechtigkeit und ein demokratisches Sicherheitssystem.*

Frage: *Was ist eine würdevolle Arbeit? Ein Job in einer Maquila (Billiglohnfabrik)?*

MAS: *Nein. In der Maquila sind die Gewerkschaften verboten, die Frauen werden sexuell belästigt, die Arbeitszeiten sind unmenschlich und die Angestellten werden schlecht bezahlt.*

In Guatemala werden die Arbeitsrechte nicht respektiert, am wenigsten in den Maquilas und auf den Fincas. Der Mindestlohn liegt bei ca. 1200 Quetzales pro Monat (ca. 150 US-\$) und der Grundnahrungskorb kostet etwa doppelt so viel. Viele Leute sind deshalb gezwungen, zwei Jobs zu machen, sofern sie einen zweiten finden. Im Zusammenhang mit einer gerechten Entlohnung der LandarbeiterInnen müssen wir über eine Landreform sprechen. Ein Landbesitzer, der keine Steuern und die gesetzlich festgelegten Löhne nicht bezahlt und der eine Finca unproduktiv hält, erfüllt seine soziale Verpflichtungen als Besitzender nicht, und sein Land sollte unverzüglich verkauft oder durch Enteignung einem sozialen Zweck zugeführt werden.

Frage: Sie schlagen also die Enteignung und Neuverteilung von Land vor?

MAS: Dies allein wäre eine sehr kurzsichtige Vision. Eine Landreform muss die Fragen von Landbesitz, von Krediten und Technologie, aber auch von garantierten Märkten und Preisen enthalten. Ansonsten geschieht, was geschehen ist: Man gibt den Leuten Land, aber ohne finanzielle Unterstützung, ohne Know-How und ohne Märkte und garantierte Abnahmepreise gehen entweder die Ernten wegen Schädlingen oder falscher Pflege verloren, oder weil man keinen Absatzmarkt findet bzw. gezwungen ist, zu Dumpingpreisen zu verkaufen.

Eine Landreform, wie wir sie vorschlagen, konzentriert sich stärker auf den lokalen Markt und darauf, den Dienstleistungs- und Finanzierungssektor für diesen Markt zu stärken und auszubauen. Ebenso gehört dazu der Ausbau gewisser Industriesektoren. Bisher hatte man als Zielgruppe für unseren Markt 200 Millionen Gringos im Blick und nicht die Möglichkeit, wie der Markt für 13 Millionen GuatemalteKInnen oder für 40 oder 50 Millionen ZentralamerikanerInnen gestärkt werden könnte.

Es gibt ganze Studien darüber, wie Leute, denen man keine Kredite gewährt, denen man keine technische Unterstützung leistet, die keinen Absatz für ihre Produkte finden und vor allem, denen man unfruchtbares Land gibt, wie diese Leute sich dafür entscheiden, ihr Land wieder zu verkaufen. Dies ist die im höchsten Mass negative Bilanz der Arbeit von Fontierras (Landfonds).

Frage: *Ist Fontierras nicht ein Resultat der Frie-*

densabkommen, und seine Aufgabe die Suche nach einer Landverteilung, ohne dabei das Modell der "Agrarreform" auf die Spitze zu treiben?

MAS: Das ist so, aber er ist ein schlecht umgesetztes Resultat der Friedensabkommen, genauso wie die Nationale Zivilpolizei (PNC). Die Tatsache, dass etwas in den Friedensabkommen festgehalten ist, sagt noch nichts aus über seine Umsetzung. Dazu fehlte es am politischen Willen der Präsidenten Alvaro Arzú, Alfonso Portillo und Oscar Berger.

Frage: ...und ist Ausdruck einer grossen Schwäche der URNG, die die Friedensabkommen mit unterzeichnete und die Sie jetzt als Präsidentschaftskandidaten postuliert.

MAS: Das stimmt und ich habe die Guerillaführung damals auch entsprechend kritisiert.

Frage: Sie sprachen vorher über würdevolle Arbeit. Braucht es dazu nicht zuerst eine qualitativ gute Schulbildung?

MAS: Die Tatsache, dass jemand Kaffeepflückerin ist oder Druckknöpfe in einer Maquila stanzt, bedeutet nicht, dass du keine Rechte hättest.

Auch die Bildungsreform ist in den Friedensabkommen verankert. Es müssen u.a. die Inhalte der Schulbücher überarbeitet werden, dazu möchte ich ein Beispiel geben: Auf einer Versammlung von 200 PrimarlehrerInnen fragte ich, was für sie die Jahreszahl 1871 bedeutet. Ich bekam vielfältige Antworten, aber niemand bezog sich darauf, dass mit der Liberalen Reform von 1871 die Indigenas von ihren kommunalen Ländereien vertrieben und als billige Arbeitskräfte auf die Kaffeefincas gezwungen wurden. Dieses Datum, fundamental für die nationale Geschichte, erscheint in keinem Geschichtsbuch und solche Ereignisse und Daten aufzunehmen, wäre Teil einer tiefgreifenden Bildungsreform.

Frage: Sie kritisieren die rechten Regierungen, aber Tatsache ist, dass die WählerInnen diese Regierungen bevorzugen. Alvaro Arzú z.B. sagt, er brauche keine Wahlkampagne zu führen, um (als Bürgermeister der Hauptstadt, die Red.) wiedergewählt zu werden. Weshalb?

MAS: Unglücklicherweise sind wir sehr konservativ. Während vieler Jahre wurden wir mit ideologischen Konzepten bombardiert, so dass heute noch viele Leute glauben, wir Linken wür-

den Kinder fressen. Ich sage es nicht gerne, aber in Guatemala haben wir den kalten Krieg noch nicht überwunden, seine Denkweise ist nach wie vor fest in unserer Gesellschaft verankert.

URNG-MAIZ hat das Acht-Punkte-Programm, das ich erwähnt habe, aber darüber hinaus ist uns auch die Internationale Zusammenarbeit ein Anliegen und wir schlagen die Eingliederung in das ALBA vor (Bolivarianische Alternative für Amerika, Alternatives Freihandelsabkommen ausgehend von Venezuela).

Frage: Weshalb ist es wichtig für Guatemala, dem ALBA beizutreten und nicht, zur Wirtschaftszone der USA zu gehören?

MAS: Das Problem ist nicht, unter dem Einfluss der USA zu stehen. Das Problem ist – und es ist mir wichtig, dass Sie das wortwörtlich zitieren – das Problem ist, dass das Freihandelsabkommen mit den USA auf unbarmherziger Konkurrenz beruht. Die Nordamerikaner waren so intelligent, Mais, Bohnen und Reis in das Abkommen aufzunehmen mit dem Ergebnis, dass heute unsere eigenen kleinen und mittleren ProduzentInnen bankrott gehen.

Die Vereinigten Staaten überfluten Guatemala mit Mais. Letztes Jahr stiegen die Maisimporte um 18%, die Reisimporte um mehr als 30%. Hat dies dazu geführt, dass hier die Produkte billiger geworden wären? Natürlich nicht, im Gegenteil, die Preise der Grundnahrungsmittel stiegen und steigen weiterhin.

Mein Vorschlag ist, dass Guatemala dem ALBA beitrifft, weil die Philosophie hinter ALBA Kooperation ist und nicht Konkurrenz. Es geht nicht darum, den Mais eines Landes gegen den Mais eines anderen Landes auszuspielen, wie dies das Freihandelsabkommen mit den Gringos tut. Es geht darum, die Stärken eines Landes zu nutzen und es geht um einen gegenseitigen Austausch dieser Stärken.

Frage: Sprechen wir über ihren Vorschlag, die Privatisierungen der Vorgängerregierungen rückgängig zu machen...

MAS: Ein Staat, der die wichtigsten Dienstleistungen nicht kontrolliert, ist ein Staat, der nicht viel zu tun hat und ein Staat, der das Telekommunikationssystem nicht unter Kontrolle hat, ist das Allerletzte. Allein mit der Privatisierung von Telgua sind die Preise für Telefongespräche um 1200% gestiegen, und das ist keine Erfindung von mir, sondern ein bewiesenes Fakt.

Mit dem Geld, das aus Guatel erwirtschaftet wurde, unterstützte die Re-

gierung Bildungsprojekte. Mit der Privatisierung hörte dies auf, während sich die heutigen Besitzer Millionenbeträge in den eigenen Sack stecken.

Frage: Was schlagen Sie vor, um der Gewalt zu begegnen und Sicherheit zu garantieren?

MAS: Die Sicherheitsfrage muss mit einem präventiven Ansatz angegangen werden, wozu die Schaffung von Arbeitsplätzen und Bildung gehört. Es braucht eine Säuberung der Nationalen Zivilpolizei, eine Stärkung der Staatsanwaltschaft, eine Stärkung und Säuberung des Justizwesens und eine Gesetzesreform in Sachen Berufungsverfahren (Ley de Amparo), um das endlose Verzögern von Prozessen zu verhindern.

Weiter muss das Geschäft mit der Gewalt unterbunden werden. Während dem bewaffneten Konflikt wurden jährlich 20 Millionen Stück Munition verkauft, heute sind es 50 Millionen. Verkauft werden diese häufig in kleinen Waffen- und Munitionsgeschäften, die nicht registriert und vom Staat nicht kontrolliert sind, was inakzeptabel ist.

In Guatemala gibt es 150'000 Personen, die in privaten Sicherheitsfirmen arbeiten, von denen nur 30% die gesetzlichen Bestimmungen erfüllen und von denen die meisten die Arbeitsrechte ihrer Angestellten verletzen.

Unser Vorschlag beruht auf einem demokratischen Sicherheitskonzept. Wir wollen kein Terror- oder repressives System einführen, um der Gewalt zu begegnen. Damit unterscheiden wir uns von

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- •

Auslands-Abo: 60.- •

E-Mail-Abo: 50.- •

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/fijate

den Vorschlägen der anderen Parteien und KandidatInnen, die sich alle für den Einsatz des Militärs bei internen Sicherheitsfragen aussprechen.

Frage: Wenn Sie Präsident wären, wären sie ein zweiter Chávez?

MAS: Wenn Guatemala Öl und Geld hätte wie Venezuela, würde unsere Regierung sicher grosszügig in die öffentliche Hand investieren und befreundete Regierungen finanziell unterstützen, aber leider ist dies nicht so. Es geht heute darum, für jedes Land das geeignete nationale Rezept zu finden.

In unserem Fall würde dies auf unserem kulturellen Reichtum basieren und auf der Erfüllung nicht aufschiebbarer Aufgaben wie der Landreform, auch wenn dies der Handelskammer nicht gefällt. Es würde auf der Verteidigung und dem Schutz unserer Naturressourcen gründen, denn das was heute mit dem Goldunternehmen Montana läuft, schadet unserem Land bloss. Dieses Unternehmen baut Gold im Tagebau ab, verschmutzt dabei eine Unmenge von Was-

ser und holzt das Land ab – als Entschädigung überlässt es Guatemala 1% seines Gewinns.

Frage: Was ist die kostbarste Ressource, über die Guatemala verfügt, und die das Land wettbewerbsfähig macht? In Venezuela ist es das Öl, in China die Arbeitskraft...

MAS: Das Problem ist, dass sich alle immer nur überlegen, was wir der Welt verkaufen können, auch wenn wir dabei vor Hunger sterben.

Ich glaube, wir müssen zuerst die internen Probleme lösen und erst nachher unsere Wettbewerbschancen prüfen und uns überlegen, was wir verkaufen könnten.

Frage: Zum Schluss die Gretchenfrage: Ist es nicht so, dass die Leute in Guatemala rechts wählen, weil es keine Linke gibt? Miguel Angel Sandoval spricht von „seiner“ Linken, Rigoberta Menchú beansprucht die ihre, Pablo Monsanto hat auch...

MAS: Nein, nein und nochmals nein. Wenn jemand von ihnen die Freundlichkeit hätte, mir zu erklären, weshalb Fernando Montenegro (Unternehmer, Vizepräsidentenskandidat von Rigoberta Menchú) ein Linker sein soll, lasse ich mich auf diese Frage ein. Und wenn jemand mir erklären kann, weshalb die Militärs auf der Liste der ANN Linke sein sollen, können wir über Ihre Frage diskutieren.

Frage: Sie behaupten also, die einzige Linke zu vertreten?

MAS: Ja, und dabei werden wir unterstützt von BäuerInnenorganisationen, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen, BürgerInnenkomitees – von einem ganzen Fächer sozialer Organisationen.

Frage: Kurz und gut, militärisch-links oder unternehmerisch-links sind Kombinationen, die es nicht gibt?

MAS: Theoretisch schon. In Guatemala nicht.

Neue Enthüllungen im CICIG-Roman

Guatemala, 27. Juli. Dass aus der *Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) ein Wahldebakel um Alvaro Colom und seine Partei *Nationale Einheit der Hoffnung* werden würde, war Mitte Mai nicht abzusehen. Gleichzeitig erlaubte die Zeit der hitzigen Schlacht durchaus auch die Betrachtung unangenehmer Aspekte des Vorhabens und der Umstände seiner Verabschiedung. Diese liegt nun endgültig in den Händen des Kongresses und ist für den 1. August, der ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause anberaumt.

Im Vorfeld gab es, wie zu erwarten, zahlreiche, bis zum gewissen Grad sogar erfolgreiche Versuche, die Lesung der CICIG-Gesetzesinitiative zu torpedieren. Wie angekündigt verlas das Verfassungsgericht am 16. Mai seine Antwort auf die parlamentarische Anfrage in Bezug auf Verfassungskonformität und Autonomiesicherung der Staatsanwaltschaft, in der es die Bedenken aus rechtlicher Sicht aus dem Weg räumte. (¡Fijáte! 385)

Sodann wurde die *Kommission für Auslandsbeziehungen* des Kongresses beauftragt, ihr Votum zur CICIG abzugeben. Normalerweise stehen den Kommissionen in solchen Fällen 60 Tage zur Verfügung. Ein knapper Kongressentscheid kürzte

diese Bedenkzeit auf acht Tage, die die Kommission aber beflissentlich überschritt, indem nie ausreichend Stimmberechtigte anwesend waren. Zudem argumentierte sie, das Verfassungsgericht hätte sich zu vage ausgedrückt und das Vorhaben müsse gründlich analysiert werden, handelt es sich schliesslich um eine weitreichende Initiative.

Die Tatsache, dass Zury Ríos Sosa die Vorsitzende dieser Kommission ist und gleichzeitig Tochter von Efraín Ríos Montt, dem sowohl in Spanien als auch in Guatemala selbst je ein Prozess wegen Völkermordes anhängt, macht die Mannöver verständlich, möglichst viele Hindernisse einzubauen, um zu verhindern, dass nicht nur der Vater ins Fadenkreuz internationaler Ermittlungen gerät. Auch Zurys Bruder, Enrique Ríos Sosa, stünde unter den ersten auf der Ermittlungsliste, verfehlt er doch gemeinsam mit dem Vater das Militärgeheimnis, um seinerseits das Verschwinden von Millionen aus dem aufgelösten *Generalstab des Präsidenten* (MP) zu decken, dem er unter Alfonso Portillo vorstand. Auch andere Parteimitglieder der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) haben aus persönlichen Gründen kein Interesse an der Einrichtung einer Kommission, die sich der Aufdeckung des organisier-

ten Verbrechens im staatlichen Gefüge annehmen soll. So vertritt denn auch die FRG, die CICIG würde die Souveränität des Staates unterminieren und sei trotz anderslautendem Urteil des zuständigen Gerichts, verfassungswidrig.

Auf diese Rechtfertigung griff auch schliesslich das Urteil der Kommission zurück und lehnte somit die CICIG-Initiative ab. Im Text wird zudem versichert, „die Schaffung einer opportunen Gesellschaft würde viel mehr tun für den Respekt der Menschenrechte“. Ausserdem sei die CICIG eine „Parallelkörperschaft, um parallele Mächte zu desartikulieren, die noch gar nicht identifiziert sind“.

Die USA übte bereits während des Entscheidungsprozesses Druck aus und stellte in Aussicht, bei Zustimmung zur CICIG erwägen zu wollen, das Embargo aufzuheben, das seit den 80er Jahren auf potentieller Militärhilfe an Guatemala liegt und in der Zwischenzeit nur teilweise gelockert worden war. Und ganz klar wurde die US-Hilfe für Guatemala zu den regionalen Sicherheitsplänen an die CICIG gekoppelt, die der stellvertretende US-Staatssekretär für Lateinamerika, Thomas Shannon, gerade zugesagt hatte. (siehe

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S.3

separater Artikel) Moralisch unterstrichen wurde die Erwartungshaltung der USA durch die Nachricht vom Menschenrechtskommissionär Frank LaRue, der sich im Moment der Entscheidung in Washington aufhielt, die Absage sei bei den Zuständigen in den USA wie eine Ohrfeige angekommen und hätte Shannon persönlich beleidigt.

Doch selbst die nachdrückliche Empfehlung durch UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und der europäischen Diplomatie in Guatemala, die CICIG gut zu heissen, liess die 21-köpfige Kommission kalt, in der 13 Stimmen – 7 der FRG, 2 der UNE, 1 der PAN und drei von kleineren Parteien – gegen die CICIG votierten. Dass keineR der VertreterInnen der Regierungspartei GANA überhaupt zu der entscheidenden Sitzung kam, ging im allgemeinen Aufbrausen fast unter.

Der enttäuschte Vizepräsident Stein, der sich von Anfang an und fast als alleiniger Streiter von Regierungsseite für das Vorhaben einsetzte, liess sich zu dem Kommentar verleiten, es würde somit ja klar, dass einige „Wurmnestler“ in diversen Parteien verdeckt werden sollten. Dadurch sah sich vornehmlich FRG-Parteichef Aristedes Crespo genötigt, jeden Verdacht, der hinsichtlich der Verwicklungen mit dem organisierten Verbrechen auf der FRG lasten könnte, empört zu entkräften.

In einer ganz anderen Ecke ging hingegen eine Bombe hoch, deren Auswirkungen weniger als 40 Tage vor den Präsidentschaftswahlen nicht abzuschätzen sind. Auf dem Spiel steht eindeutig die bislang souverän verteidigte Pool-Position auf der Liste der WählerInnengunst von Álvaro Colom. Hatte Colom in seiner Wahlkampagne bislang vehement versichert, die CICIG zu unterstützen und dem organisierten Verbrechen den Garaus zu machen, wenn er an die Macht komme, waren es just die Stimmen der zwei der Kommission angehörenden und anwesenden UN-Abgeordneten César Fajardo und Jorge Girón, die ebenfalls gegen die CICIG stimmten.

Und auf ersteren stürzte sich nun die Aufmerksamkeit, ist er schliesslich nicht nur persönlicher Vertrauter von Colom sondern auch stellvertretender Generalsekretär der Partei, deren Vertreter vor dem *Höchsten Wahlgericht* (TSE) und er steht an zweiter Stelle der nationalen Liste für die Kongressabgeord-

neten. Colom und Fajardo wiesen gleich darauf hin, dass die Stimmen als persönliche und nicht parteirepräsentative abgegeben worden waren, Fajardo wollte als Anwalt und „ehrsamer Mann“ seine Zweifel an der Verfassungsrechtlichkeit nicht unterdrücken.

Von der Öffentlichkeit wurde zunächst die Führungspersonlichkeit Coloms in Frage gestellt, nach dem Motto, wie er denn ein Land regieren und gar gegen Widerstände vorgehen wolle, wenn er noch nicht einmal seine eigene Partei in wesentlichen Momenten unter Kontrolle habe. Und dann machte Oscar Clemente Marroquín, Direktor der Tageszeitung *La Hora*, ein neues Fass auf und brachte Fajardo in Verbindung mit dem Attentat, das im letzten Jahr auf seinen Sohn José Carlos Marroquin verübt worden war. Dieser ist Strategiechef der UNE und somit von Coloms Wahlkampagne. Bei dem Überfall hatten fünf verummte Personen das Wohnhaus von José Carlos unter Maschinengewehrbeschuss genommen und zwei seiner auf der Strasse parkenden Autos in Brand gesteckt.

Die offiziellen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sind kaum vorangeschritten, ZeugInnen identifizierten jedoch die sich in einer Seitenstrasse die Masken abnehmenden Männer, die José Carlos wiederum dem Militär zuordnen konnte. Er stellte die Tat in Zusammenhang mit seinem Erfolg, zwei ehemalige Militärs aus dem Team der Bodyguards von Colom entfernt zu haben, die bereits unter Portillo gedient und mittels Untersuchungen der US-Botschaft dem organisierten Verbrechen zugerechnet wurden. Deren Liste war Colom im Frühjahr 2006 vorgelegt worden. Genau die als Attentäter auf José Carlos erkannten Männer befeierten letztes Jahr César Fajardo in dessen Haus zu seinem Geburtstag. Und Colom soll all diese Informationen gehabt haben, versuchte aber noch jetzt sich herauszureden, er könne schliesslich nichts machen, wenn keine handfesten Beweise vorlägen. – Inzwischen ist Fajardo von seinen UNE-Posten suspendiert, bis sich der Fall klärt; seine Kandidatur behält er indes bei.

Als Gegenbeweis seiner angeblichen Führungsschwäche wies Colom darauf hin, dass seine zwei Männer in der Kommission auf sein Geheiss hin sofort ihre Nein-Stimmen zurückgezogen hätten. Überhaupt würde es sich bei all diesen Vorwürfen um ein schwarze Kampagne

gegen ihn handeln, angeführt von denjenigen, die tatsächlich vom organisierten Verbrechen durchwachsen seien. Damit wendete er sich an Otto Pérez Molina, den Kandidaten der *Patriotischen Partei*, der mit etwas Abstand hinter Colom auf der Gunstliste rangiert und sich zu den UNE-Enthüllungen geäussert hatte.

Nachdem auch der Vertreter der *Einheit des Nationalen Zentrums* (UCN) seine Meinung geändert hat und nur noch 10 Stimmen gegen die CICIG vorliegen, wird das Vorhaben nun dem Kongress übergeben, der drei Möglichkeiten hat, damit umzugehen: Mit 80 Stimmen kann er beschliessen, die Initiative in dieselbe Kommission zum erneuten Votum zurückzugeben oder eine andere Kommission damit beauftragen. Mit 105 Stimmen hingegen kann er selbst mit nationaler Dringlichkeit das Vorhaben billigen.

Gleich beeilten sich die jeweiligen Parteivorsitzenden zu versichern, am Mittwoch mit all ihren Leuten im Kongress aufzuwarten und die CICIG zu verabschieden bzw. Gegengewicht zur FRG und die das Nein unterstützenden PAN zu leisten.

Während der Druck von Seiten der nationalen Zivilgesellschaft und sozialen Organisationen sowie der internationalen Gemeinschaft auf den Kongress anhält, dass dieser sich für die CICIG ausspreche, bleiben trotz der unbestrittenen und dringenden Notwendigkeit dieser Kommission leichte Schatten über dem Ganzen hängen, die bei ihrer tatsächlichen Einrichtung möglicherweise negative Folgen mit sich bringen:

- Was kann beispielsweise die CICIG mit aller Unterstützung der Staatsanwaltschaft und ihren Berichten an die UNO ausrichten, wenn die nationalen Strafverfolgungsinstitutionen einfach nicht funktionieren?

- Welche Konsequenzen bringen die US-amerikanischen Versprechungen mit sich, als CICIG-Belohnung das Militärembargo aufzuheben?

- Und welche Rolle und ernsthafte Verpflichtung von Seiten der Parteien kommt der funktionierenden CICIG zu, die jetzt eindeutig zu einem Wahlpolitikum geworden ist?

Gleichzeitig ist jedoch auch Helten Mack beizupflichten, laut der es im Grunde keinen idealen Zeitpunkt für die Verabschiedung gebe, diese aber jetzt über die Bühne gehen sollte, da sich die nächste Regierung dem Vorhaben gegenüber völlig entgegenstellen wird.

Das gibt sicher keine Sicherheit

Guatemala, 25. Juli. Und noch ein Sicherheitsgipfel reiht sich ein in die Liste der Aktivitäten auf dem Isthmus, die regionale Integration voranzutreiben, sei sie nun infrastruktureller, wirtschaftlicher oder eben polizeilicher Art. Nun trafen sich also dieses Mal in Guatemala diverse Zuständige aller relevanten Funktionsebenen und involvierten Länder zwischen Mexiko und Panama, einschliesslich der Dominikanischen Republik. Das in "gemeinsamer Anstrengung" erarbeitete Programm, mittels dem hochtrabend "frontal" die allgemeine Delinquenz, das organisierte Verbrechen, der Drogenhandel und die Jugendbanden bekämpft werden sollen, wurde schliesslich dem extra angereisten US-Gesandten für die Hemisphäre, Thomas Shannon, vorgelegt. Dieser, der in Begleitung von FBI, dem US-Drogenamt DEA und JustizvertreterInnen auftrat, unterzeichnete zudem gemeinsam mit den mittelamerikanischen VizeausserministerInnen ein Dialogabkommen über "Demokratische Sicherheit", das ein jährliches Evaluationstreffen vorsieht hinsichtlich der Fortschritte in Sachen Vereinheitlichung legislativer und judikativer Reformen, die der Region die nötigen legalen Instrumente an die Hand gibt, das transnationale Verbrechen zu bekämpfen. Den im Vorfeld für das Re-

gionalprogramm geschätzten Etat über US-\$ 600 Mio., der auf die verschiedenen "Kampfgebiete" verteilt werden soll, wird derweil laut Zusagen Shannons mit ganzen US-\$ 3 Mio., ausbezahlt über drei Jahre, unterstützt.

Nicht weit kamen auch Präsident Óscar Berger und Vize Eduardo Stein in einem persönlichen Gespräch mit Shannon hinsichtlich ihres Anliegen, besondere Konditionen für die guatemalteckischen MigrantInnen in den USA zu erwirken. So blieb Berger hinterher bloss zu versichern: "Er hat uns angeboten, dass bei den Deportationen von guatemalteckischen MigrantInnen, die keine Dokumente vorweisen können, die Menschenrechte respektiert werden würden und dass sie jegliche Anzeige, die erstattet wird, bearbeitet könnten." Allein im letzten Jahr wurden mehr als 18'000 GuatemalteckInnen deportiert. Die entsprechenden Ziffern von 2007 bis dato liegen bereits bei mehr als 14'000 und täglich werden es mehr.

Sandino Asturias, Sicherheitsanalytiker und Direktor der Nachrichtenagentur CEG fasst die regionalen Bemühungen und die US-amerikanische Aufmerksamkeit trocken zusammen: "Dieser Besuch dient allein zum Schutz des Interesses der USA, dass das zentralamerikanische Territorium als Filter für die ver-

meintlichen Bedrohungen des eigenen Landes fungiere. Die zur Verfügung gestellten Gelder werden für entsprechende Themen ausgegeben: Das Zurückhalten von MigrantInnen, den Drogenhandel und den Terrorismus. Wichtige Themen wie die Stärkung der zivilen Institutionen, der Neugründung der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) und präventive Politikansätze für die nationale Sicherheit werden dabei nicht diskutiert. Doch gerade diese sind für Guatemala viel wichtiger als die Abhängigkeit von ausländischen Vorhaben.

Doch diese, so sekundiert Idivina Hernández von der Organisation SEdEM, schwächen das nationale Justizsystem und ändern nichts an dem akuten Kollaps, den die für die Sicherheit der BürgerInnen zuständigen Institutionen erleben. Ausserdem seien die angebotenen Gelder viel zu wenig, um überhaupt eine Ausgangslage zu schaffen, ohne allgemeine Repression gegen das Verbrechen anzugehen. Der Vorschlag sei eine kurzfristige Massnahme und somit reine Verschwendung, die zu keiner Lösung beitrage. Vielmehr müssten sowohl die zuständigen Behörden mit ausreichenden Finanzen ausgestattet und beispielsweise mehr Job- und Entwicklungsangebote für die Jugendlichen geschaffen werden.

Schwarze Hand oder soziale Säuberung?

Guatemala, 16. Juli. Erfolgreich verbreiten sie Angst und Schrecken, längst nicht mehr nur in der Hauptstadt, sondern auch und besonders in marginalisierten Vororten und immer öffentlicher auch in anderen Gegenden des Landes: Die so genannten Jugendbanden oder „maras“, zu denen zum Grossteil junge Erwachsene bis schätzungsweise 35 Jahre gehören, seien sie nun auf eigene Rechnung „aktiv“ oder vom organisierten Verbrechen instrumentalisiert sei dahin gestellt. Doch, so beobachtet das Innenministerium, die Angst der Bevölkerung vor den *maras* wird von Interessensgruppen ausgenutzt, um in den Stadtvierteln eine Art Psychose zu verbreiten, die wiederum zu aussergerichtlichen Hinrichtungen führen kann.

Im Juni zum Beispiel wurde in Bárcenas, im Municipio Villa Nueva nahe der Hauptstadt die Ankunft der *mareros* per anonymen Flugblättern angekündigt. Diese warnten die AnwohnerInnen davor, bloss nicht nach 16 Uhr aus dem Haus zu gehen, wenn sie nicht überfallen werden wollten. Die Panik wuchs so schnell, dass innerhalb von zwei Tagen regelrechte Bürgerwehren organisiert waren, bestehend aus bewaffneten BewohnerInnen mit Sturmmasken, die sich daran machten, die Gegend zu kontrol-

lieren und Fahrzeuge zu checken, womit sie laut Innenministerin Adela Camacho de Torrebiarte eindeutig in die Illegalität verfielen. Gleichzeitig konnte sie selbst der Bevölkerung nicht versichern, mit den staatlichen Mitteln deren Sicherheit zu gewährleisten.

Vornehmlich im Raum Villa Nueva, dem für die hier herrschende Gewalt bekanntes Munizip, erhalten seit einer Woche 15 Schulen speziellen Schutz. „Die PolizeiagentInnen sind zu Unterrichtsbeginn und –schluss anwesend, um zu verhindern, dass die SchülerInnen überfallen werden“, informiert die zuständige Polizeidiensthabende angesichts der konstanten Bedrohungen durch *mareros*. Ganze Schulen haben bereits ihre Tore geschlossen, da sie als Institution erpresst wurden und sich dem nicht erwehren konnten.

Die Sorgen der Autoritäten und Eltern in Chimaltenango basieren derweil auf speziellen Erfahrungen. Hier werden die minderjährigen SchülerInnen von den *maras* als Erpressungsgehilfen missbraucht. Mehr als 100 Minderjährige sind in diesem Zusammenhang in diesem Jahr bereits festgenommen worden. Juan Ramos, lokaler Vertreter des *Menschenrechtsprokurates* (PDH) erklärt, dass die *mareros* die Kinder benützten in dem

Wissen, dass diese aufgrund ihres Alters mit leichten Strafen davonkommen. Dabei zahlen die Erpressten zwischen 5'000 und 20'000 Quetzales, die von ihnen per Telefon oder schriftlich gefordert werden. Ausserdem hat die PDH festgestellt, dass die Erpresser es vorziehen, dass die Opfer das erpresste Geld in Mülleimern hinterlegen, die sich in der Nähe von Schulen befinden. So können die mit dem Überbringen des Geldes beauftragten SchülerInnen es mitnehmen ohne grosses Risiko, dabei geschnappt zu werden.

In Coatepeque, Quetzaltenango, haben sich derweil klandestine Gruppen gebildet, die sich selbst *Bewaffnete Nicht-Regierungs-Kräfte* (FANOG) nennen. Diese wiederum drohen den „Antisozialen“ - womit Bandenmitglieder gemeint sind – und deren Familien mit dem Leben.

Mario Polanco von der Menschenrechtsorganisation *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) vermutet hinter den FANOG-Führungsleuten ehemalige Militärangehörige oder auch Agenten der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC).

Die lokale Staatsanwaltschaft hat indes weder von der Gruppe noch von deren Drohungen etwas gehört. Und die FANOG agieren unterdessen weiter.

¡Híjole...! Die einmonatliche Kolumne von Fernando Suazo

Haarsträubend oder belanglos

Ein Leitartikel der Abendzeitung *La Hora* machte am 28. Juni auf etwas aufmerksam, das selbst der Präsident von Guatemala als „haarsträubend“ bezeichnete: es ging um eine Nachricht von seinem honduranischen Amtskollegen, über die Strategie systematischer Überfälle auf Busfahrer und die NutzerInnen der städtischen Busse, die im Geheimen von der Oppositionspartei während der Wahlkampagne angewendet worden war. Diese Strategie zielte seinerzeit darauf ab, Panik zu verbreiten, um die Wahlstimmen für den Vorschlag der Politik der harten Hand seines Rivalen zu gewinnen.

Der Berater für diese schreckenerregende Kampagne war ein Nordamerikaner mit Namen Klugmann, der offenbar auch in Guatemala arbeitet, und zwar für die Patriotische Partei (PP) – die lokale Version der *harten Hand* – just zu dem Zeitpunkt, wo auch hier bei uns von einem alarmierenden Anstieg von kaltblütigen Morden an Busfahrern des städtischen Transportes berichtet wird.

So schauerhaft diese Nachricht auch sein mag (und das Leben der Leute, das zum Köder für die Raubtiere der Vorwahlzeit gemacht wird!), sie landete schon nach wenigen Stunden im Papierkorb und wurde durch weniger irritierende ersetzt. Die Medien boten sofort andere beruhigende Reportagen an, wie der übertriebene Presseaufmarsch anlässlich des Events des Internationalen Olympischen Komitees zeigte oder die journalistische Untersuchung über „das Wissen der PräsidentschaftskandidatInnen“ oder das Fussballturnier zwischen Journalisten und Kandidaten (Schaut auf der Titelseite, wie sie glücklich dem Ball hinterher rennen, die sich noch kurz vorher eine Schlacht lieferten wegen der Anschuldigungen der Verbrechen im städtischen Busverkehr. Wer hat dieses Foto und warum ausgewählt? Fragt das die MeinungsmacherInnen!).

Einstweilen findet die *Internationale*

Kommission gegen die Strafflosigkeit in Guatemala (CICIG) weder Vater noch Mutter im Kongress, obwohl das Verfassungsgericht keine rechtlichen Widrigkeiten gefunden hat. Die Abgeordneten flüchten sich in Vorwände zynischster Art, um zu rechtfertigen, warum sie nicht endlich damit anfangen, den CICIG-Vorschlag im Parlament zu diskutieren: „Die Abgeordneten sind in der Wahlkampagne, deswegen sind sie nicht gekommen“, „ich hab keine Zeit gehabt, den Text zu lesen“, sagen sie in der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG); oder „das wäre so, als würde der Regierungspartei ein Wahlbonus geschenkt“, meint die UNE. Heiliger Gott.

Und wir sind ein Staat am Punkt des Kollapses aufgrund der öffentlichen Gewalt, der Strafflosigkeit und der Einschleusung des organisierten Verbrechens in den staatlichen Institutionen!

Die KandidatInnen versprechen in ihren Kampagnen Sicherheit und behindern die CICIG, das Gesetz zur Waffenkontrolle und die Regulierung der Privaten Sicherheitsfirmen? Halten sie uns denn für völlig blöde?

Die Schwerfälligkeit der Staatsorgane und der politischen Klasse, gegen das organisierte Verbrechen und die Strafflosigkeit anzugehen, kommt nicht von ungefähr, und es ist auch kein genetisches oder kulturelles Phänomen, wie manche vorschlagen. Es ist mehr als bewiesen, dass es gewissen Machstrategien entspricht. Es handelt sich darum, die Wasser aufzuwühlen, in denen die faktischen Mächte sich ohne Fesseln bewegen können, ohne die Fesseln eines starken und souveränen Staates, der sich den Drogenkartellen und den lokalen Kapitalsektoren entgegenstellt, die Guatemala zum Schnäppchenpreis an internationale Unternehmen verkaufen wollen; für sie ist die nationale Souveränität lediglich leeres Gerede am 15. September (dem Nationalfeiertag Guatemalas, die Red.) Doch darüber spricht inmitten dem politischen Trübel niemand.

Das psychosoziale Befinden der Bevölkerung ist bedauerlich. Es wachsen die Verzweiflung, das Fehlen eines nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls, die soziale und politische Hemmung, das Fehlen eines kritischen Denkens, die Neigung zum Autoritarismus, der soziale Zerfall, die Anarchie und die Strafflosigkeit. Ein Szenarium, das in voller Grösse im Bild festgehalten wurde mit der präsidentialen Geste, dem Chauffeur eines Stadtbusses in aller Öffentlichkeit zu gratulieren, der sich gegen den Angriff eines Überfalltäters gewehrt hatte und diesen dabei erschoss. Der höchste Vertreter des Staates von Guatemala gesteht, ohne dabei rot zu werden, einerseits die Nutzlosigkeit unserer Institutionen ein und andererseits die Verachtung des menschlichen Lebens!

Ein Freund hat mir gesagt, dass meine Kolumne ¡Híjole! bitter und verletzend sei. Ich gestehe, so sehr ich versuche ein Lächeln zu zeichnen, bekomme ich doch nur Grimassen hin. Ich kann nur dem beipflichten, was José Saramago in Spanien kürzlich gesagt hat, als er den Planeten betrachtete: „Es ist Zeit, die Geduld zu verlieren. Es ist Zeit zu heulen, denn wenn wir uns von den Mächten mitreißen lassen, die uns regieren und nichts gegen sie unternehmen, könnte man behaupten, dass wir verdienen, was wir haben. Wir sind am Ende einer Zivilisation angekommen und es zeichnen sich dunkle Zeiten ab: der Faschismus kann zurückkehren. Es muss etwas getan werden, der Betrug ist der König der Erde.“

Wir müssen die Realität benennen und sie nicht verstecken, sie benennen mit dem Hirn und den Eingeweiden. Heidegger sagte, dass „die Sprache das Zuhause des Seins ist“. Lassen wir das Sein nicht schutzlos, entsagen wir nicht dem Sein, der Würde.

Inzwischen kann man im Supermarkt *dieser* Demokratie immer wählen zwischen dem Haarsträubenden und dem Belanglosen...